

## Haushaltsrede zum Haushalt 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushalt 2010 wird in noch viel stärkerem Maße von unbekanntem und überwiegend nicht beeinflussbaren Größen bestimmt als in den Vorjahren. Niemand kann verlässlich voraussagen, welche Auswirkungen die Wirtschaftskrise weiterhin haben wird und ob das von den Wirtschaftsweisen prognostizierte Wachstum im Umfang von (nur) 1,2 % tatsächlich kommen wird. Dennoch: der Optimismus in der Wirtschaft nimmt wieder zu. Und das ist gut so!

Aber selbst wenn wir pflichtgemäß und zugleich aus Überzeugung davon ausgehen, dass es volkswirtschaftlich aufwärts geht, so ist dennoch anzunehmen, dass die Gemeinden und in der Folge auch der Landkreis die Talsohle noch nicht durchschritten haben. Den Landkreis trifft das Wegbrechen der Steuereinnahmen sogar erst mit einem zweijährigen Zeitversatz und steht mithin in seiner geballten Schärfe erst noch bevor.

Daher gilt es, nicht nur das kommende Haushaltsjahr im Auge zu haben, sondern vorsorglich zu handeln im Blick insbesondere auf 2011 und die Folgejahre.

Mehr denn je ist also eine sparsame Haushaltsführung angesagt, vor allem, um wenigstens schmale Spielräume zu erhalten und künftige Haushalte nicht mit bequemen Entscheidungen der Vorjahre zu belasten.

Freilich dürfen wir dabei die Zukunftsfähigkeit nicht aus dem Auge verlieren. Sparsamkeit darf nicht zur Kraftlosigkeit führen, denn die Herausforderungen der Zukunft, auch schon der näheren Zukunft, sind gewaltig!

Die größten sind die Veränderungen, die infolge der demografischen Entwicklung die ländlichen Räume beeinflussen. So hat sich z.B. die Zahl der Einwohner im Landkreis Calw im Jahr 2008 um 939 Personen verringert. Gleichzeitig verschiebt sich die Altersstruktur deutlich nach oben. Das heißt, dass immer weniger Kinder und Jugendliche, dafür aber wesentlich mehr Senioren im Kreis wohnen werden.

Das sind gravierende Änderungen, die neue Anforderungen auch an die Kommunalpolitik stellen.

Den früheren Erscheinungsformen des Strukturwandels konnten wir mit mehr Selbstsicherheit begegnen, doch noch niemals in der jüngeren Geschichte hatten wir es mit Schrumpfungs- und Alterungsprozessen gleichzeitig zu tun. Damit haben wir keine Erfahrungen, und deshalb gibt es weder ein standardisiertes Vorgehen noch Patentrezepte für den Umgang mit diesen neuen Fragestellungen.

Wir müssen uns in einem ersten Schritt von dem Anspruch, auf alles sofort eine Antwort zu wissen, trennen und künftig Mut zum Ausprobieren haben.

Mehr denn je sind nun Kreativität und Innovation gefragt. Gute Beispiele für diese Herangehensweise sind die Pilotprojekte im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs, auf die ich nachher noch zu sprechen komme.

Wie wir mit dem demografischen Wandel umgehen, wird für den Landkreis von fundamentaler Bedeutung sein. Um ein zukunftsweisendes, strategisches Gesamtkonzept erarbeiten zu können, müssen in einem ersten Schritt relevante Zahlen, Daten und Fakten zusammengestellt werden. Der Demografiebericht liegt dem Kreistag bereits vor, der ergänzende Strukturbericht ist in Arbeit.

Angesichts dieser neuen und durchaus interessanten Lage ist es sicher reizvoll, auch bei der Erarbeitung der Strategien Mut zur Innovation zu beweisen und neue Arbeits- und Diskussionsformen zuzulassen und auszuprobieren. Die kommenden Jahre werden auf alle Fälle spannend. Klar ist nur: es wird weniger denn je mit einem „weiter so!“ funktionieren.

Angesichts der vielen Unbekannten ist es umso wichtiger, in den Bereichen, in denen wir über bekanntes und sicheres Wissen verfügen, dieses zu nutzen. Denn je umfassender das Wissen über die Bestandsdaten, umso zuverlässiger kann geplant werden.

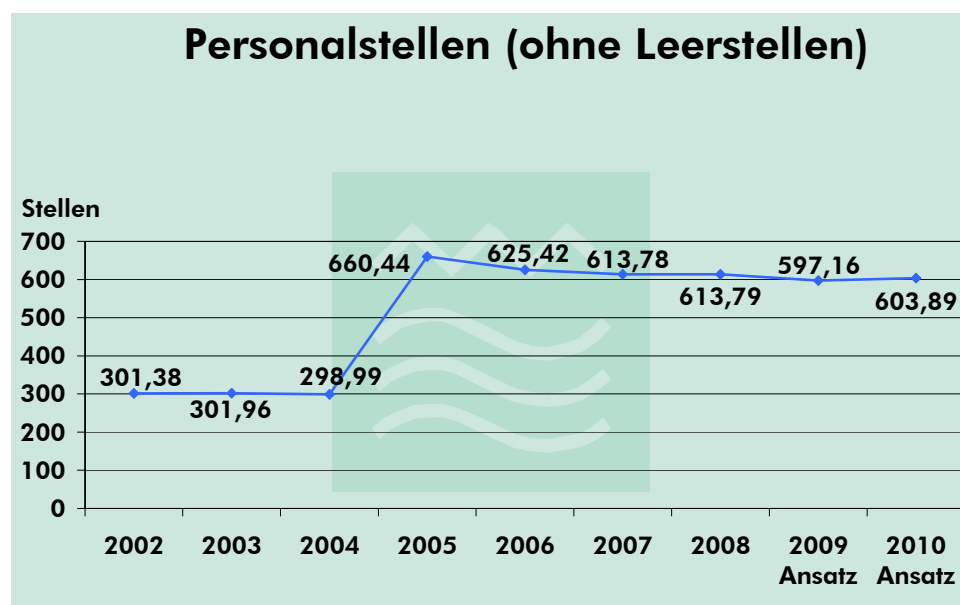
Diesem Grundsatz folgend haben wir in diesem Jahr unser Haushaltssystem von der Kameralistik auf die Doppik umgestellt. Denn der doppelte Haushalt ermöglicht es uns nun, unseren kompletten Vermögensbestand

und auch die hieraus resultierenden finanziellen Verpflichtungen abzubilden.

Ich möchte Ihnen nun die wichtigsten Eckdaten des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2010 im Einzelnen vorstellen. Bitte denken Sie daran, dass hier Haushaltsschwerpunkte und nicht alle Tätigkeitsschwerpunkte vorgestellt werden. Das gilt in ganz besonderem Maße für unsere Dienstleistung im Bereich der staatlichen Verwaltung, also in unserem Organisationsplan vor allem für die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Verbraucherschutz (Bereich 2) und Umwelt und Ordnung (Bereich 3), deren Haushaltsrelevanz überwiegend im Finanzausgleich und in der korrespondierenden Ressourcenfinanzierung liegt.

Ich beginne mit dem **Teilhaushalt 1, Steuerung und Service**, dessen bedeutendster Posten der **Personaletat** ist. Hinter diesen Zahlen verbergen sich über 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die neben ihren anderen Aufgaben die Beschlüsse des Kreistags vorbereiten und umsetzen.

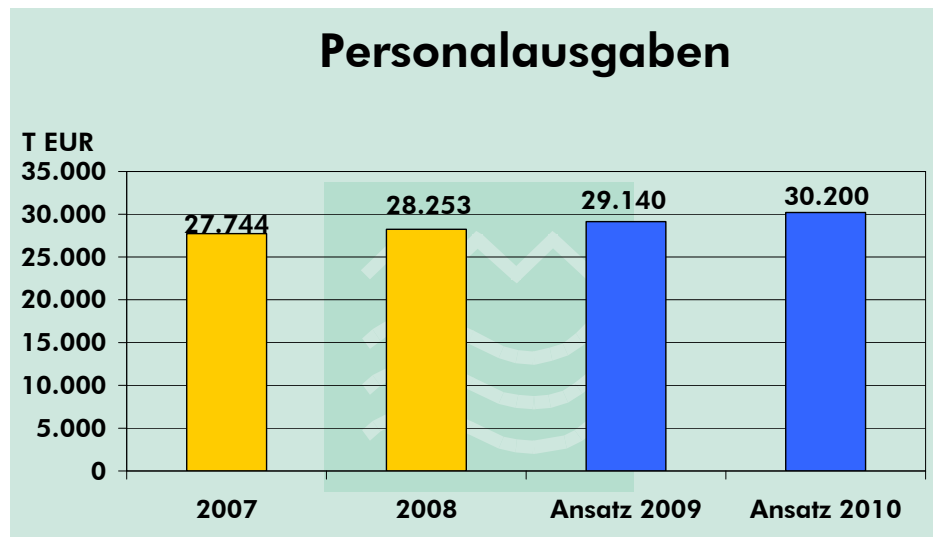
Die Stellenplanung orientiert sich weiterhin an der durch das Verwaltungsreformgesetz erforderlichen Effizienzrendite.



Die Zahl der Stellen in der Haushaltsplanung für das Jahr 2010 ist im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen gleichbleibend. Im Stellenplan 2010 sind, bedingt durch Altersteilzeit, vorübergehend 6 Stellen mehr

ausgewiesen, die sich mittelfristig aber sowohl in der Stellenzahl und in den Personalkosten ergebnisneutral auswirken.

Trotzdem erhöhen sich die Personalausgaben:



Für die Steigerung sind vor allem die tariflich zu erwartenden Erhöhungen der Vergütung von Beschäftigten sowie höhere Dienstbezüge bei Beamten verantwortlich. Tarifliche Steigerungen sind mit 2 % in die Planung eingeflossen. Für die Erhöhung der Dienstbezüge gehen wir von 1,2 % aus. Hinzu kommen strukturelle Veränderungen durch Stufensteigerungen bzw. Beförderungen sowie vorübergehende Erhöhungen durch Altersteilzeit.

Der wegen der vorgegebenen Effizienzrendite in den vergangenen Jahren erfolgte Stellenabbau hat dazu geführt, dass wegen der ausgebliebenen Neueinstellungen das Durchschnittsalter des Personalkörpers stark nach oben gegangen ist. Hinzu kommt, dass in den nächsten Jahren angesichts der demografischen Entwicklung ein deutlicher Fachkräftemangel prognostiziert wird. Dies bedeutet, dass wir ausscheidende Mitarbeiter durch leistungsstarke, qualifizierte Nachwuchskräfte, die wir überwiegend selbst ausgebildet haben, ersetzen.

Darüber hinaus ist es uns sehr wichtig, qualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auch während einer Familienphase zu beschäftigen. Wir haben deshalb sowohl die rechtlichen als auch die technischen Voraussetzungen für Telearbeitsplätze geschaffen, um Müttern und Vätern eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen.

Damit erhöhen wir zugleich die Attraktivität des Landkreises als Arbeitgeber.

Eine zukunftsfähige und leistungsstarke Verwaltung ist geprägt von Dienstleistungsdenken. Dieses ist seit vielen Jahren der Grundakkord unserer Unternehmenskultur.

Damit komme ich fast wie von selbst zur EU-Dienstleistungsrichtlinie und zur Option.

Mit dem einheitlichen Ansprechpartner werden wir eine integrierte Dienstleistung und einen Service „aus einer Hand“ bieten. Zugleich soll eine vollständig medienbruchfreie elektronische Abwicklung der Verwaltungsprozesse über das Internet angeboten werden.

Diese Weiterentwicklung passt hervorragend zu unserem Haus. Ich möchte hier an das elektronische Führerscheiwesen erinnern, bei dem wir bundesweit wegweisend waren.

Im **Teilhaushalt 2**, Nahverkehr, Wirtschaftsförderung und Tourismus, ist der **ÖffentlichePersonenNahVerkehr** Schwerpunktthema des Landkreises.

Beim ÖPNV wird am deutlichsten, wie sich die demografische Entwicklung auf die ländlichen Räume auswirkt. Weniger Einwohner, eine fortlaufende Abnahme der Schülerzahlen und dafür immer mehr ältere Menschen bedingen eine Umgestaltung des Öffentlichen Nahverkehrs.

Die Aufrechterhaltung eines attraktiven Taktes auch in der Fläche ist zwingende Voraussetzung für einen zukunftsfähigen Landkreis.

Darüber hinaus darf ich auf meine eingangs gemachten Ausführungen zurückkommen: Wir verfügen bislang über keine Erfahrungen mit zurückgehenden Schülerzahlen, Schulstandortschließungen, der Neugründung von Werkrealschulen und der Zunahme von Senioren in Zusammenhang mit dem Öffentlichen Nahverkehr. Hier gilt es, neue Wege zu beschreiten. Pilotprojekte – wie der Stadtbus Wildberg – müssen weiterhin unterstützt und evaluiert werden. Zudem werden wir verstärkt innovative Lösungen – wie z.B. Bürgerbusse oder Mitfahrzentralen – ausprobieren.

Die im Zuge des Calwer Weges entstandenen konstruktiven Planungsgespräche zwischen Landkreis und Verkehrsunternehmen wollen wir fortführen.

In 2010 sollen Lösungen insbesondere für die vom Kreistag vorgegebene Wettbewerbsfähigkeit des Preis-Leistungsverhältnisses entwickelt und zur Abstimmung in den Kreistag eingebracht werden.

Ich möchte auf die eingangs erwähnten Wanderungsbewegungen aus den ländlichen Räumen in die Ballungsräume zurückkommen. Eine gute und vor allem schnelle Anbindung an die Ballungsräume ist ein absolutes „Muss“, wenn man diese Abwanderungen stoppen möchte. Untersuchungen belegen diese Annahme. Wir werden daher unseren schon vor Jahren eingeschlagenen Kurs der Schaffung von Schienenverbindungen in die Ballungsräume fortsetzen.

Nach der Albtalbahn von Bad Herrenalb nach Karlsruhe, der Enztalbahn von Bad Wildbad nach Pforzheim und darüber hinaus nach Karlsruhe und Bietigheim und nach der Kulturbahn, die den Landkreis mit Pforzheim auf der einen Seite und mit den Räumen Horb / Tübingen verknüpft sollen nun die Querverbindungen von Nagold und Calw in Richtung Stuttgart folgen.

Auf beiden Achsen streben wir umstiegsfreie S-Bahn-Verbindungen an.

Da bei der Verbindung Calw-Stuttgart durch die Württembergische Schwarzwaldbahn bereits eine Trasse vorhanden ist, war es hier einfacher, im Rahmen einer Nutzen-Kosten-Analyse zu einem Ergebnis zu gelangen, das die grundsätzliche Förderfähigkeit des Projektes begründet.

Bei der Verbindung Nagold-Stuttgart (über Herrenberg) hingegen konnte bislang noch keine Trassenvariante gefunden werden, die mit einem im Verhältnis stehenden Kostenaufwand realisierbar ist. Hier gilt es, zusammen mit dem Landkreis Böblingen und dem Land weiter zu suchen. Die aktuell laufenden Untersuchungen sollen 2010 ausgewertet und fortgeführt werden.

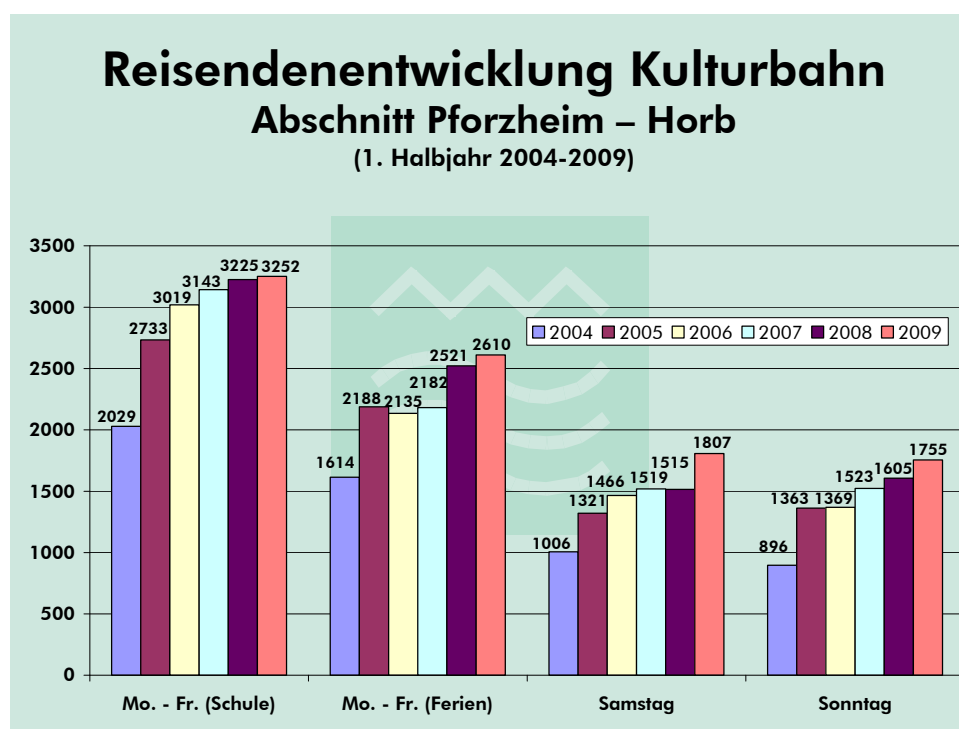
In Sachen S-Bahn Calw-Stuttgart mit Kurzzügen von Weil der Stadt bis Calw stehen in 2010 wichtige Entscheidungen bevor.

Sobald von der DB Regio als S-Bahn-Betreiber die betriebliche Vereinbarung des Betriebskonzeptes auf dem Streckenabschnitt von Calw nach

Weil der Stadt mit dem bestehenden S-Bahn-Netz bestätigt ist und der Verband Region Stuttgart (VRS) als Aufgabenträger für die S-Bahn Stuttgart dem Konzept zugestimmt hat, könnten weitere Schritte erfolgen. Dies wären die Fertigstellung der Standardisierten Bewertung, ein GVFG-Antrag und die Klärung der Finanzierung zwischen den Kreisen und Gemeinden, dem Land und dem VRS.

Der Stellenwert dieses Vorhabens spiegelt sich in dem vorgelegten Haushaltsentwurf. Wir haben die Investitionsvorhaben an anderen Stellen gekürzt und eine klare Priorisierung zugunsten der S-Bahn vorgenommen. Der geplante Schuldenabbau in Höhe von 1 Mio. € soll diesen Stellenwert betonen und zugleich verdeutlichen, dass der Kreis Calw in der Lage ist, dieses Projekt zu finanzieren.

Aber auch bei den bereits bestehenden Schienenverbindungen wollen wir weitere Verbesserungen erreichen.



So wollen wir den weiteren Ausbau der Strecke und der Haltepunkte auf der Kulturbahn voranbringen. Die Gespräche mit allen Beteiligten konnten erfolgreich abgeschlossen werden, so dass nun die Bauarbeiten fortgesetzt werden können. Denn pünktlich 2012 soll es mit der Kulturbahn durchs Nagoldtal zur Landesgartenschau gehen.

Die auch im zurückliegenden und laufenden Jahr getätigten Investitionen zur Attraktivierung der Strecke machen sich bezahlt. Die Inbetriebnahme des Bahnhofs Pforzheim Weißenstein im Dezember 2008 hat zu einem durchgehenden Ein-Stunden-Takt auf der Kulturbahn auch am Wochenende geführt. Diese Angebotssteigerung schlägt sich in weiterhin ansteigenden Fahrgastzahlen nieder.

Auch bei der Enztalbahn haben sich die Fahrgastzahlen wiederum positiv entwickelt und lassen nur eine Schlussfolgerung zu: Der Investitionsschwerpunkt Schiene war richtig.

### Ich komme nun zum **Teilhaushalt 3 / Schulen und Kultur**

Auch im Haushaltsjahr 2010 werden wieder die beiden Kreisberufsschulzentren und die Karl-Georg-Haldenwang Schule einen Investitionsschwerpunkt darstellen. Denn je weniger Kinder und Jugendliche es geben wird, umso bedeutsamer wird die Bildung jedes Einzelnen.

Folgende Baumaßnahmen sind 2010 geplant: Erweiterung des Kreisberufsschulzentrums Calw 2. Bauabschnitt und die energetische und brandschutztechnische Sanierung der Sonderschule. Daneben werden die durch das Konjunkturpaket II initiierten Projekte in Nagold, Bad Teinach-Zavelstein und Calw 2010 fertig gestellt.

Im Interesse einer zukunftsfähigen Ausbildung werden auch in 2010 an den Berufsschulzentren fortlaufend veraltete Maschinen ausrangiert und durch zeitgemäße Modelle ersetzt.

Eine wichtige Aufgabe bei der Schulpolitik ist es, sowohl ein kreisweit- als auch ein landesweit attraktives Bildungsangebot zu schaffen. Um unser Profil bei den Schulen zu schärfen, wollen wir auch hier möglichst auf Alleinstellungsmerkmale setzen.

So werden wir im Kreisberufsschulzentrum Nagold ein Kompetenzzentrum „Pflege und Gesundheit“ mit einem neuen sozialwissenschaftlichen Gymnasium einrichten. Außerdem wird das bereits bestehende Berufskolleg „Pflege“ ergänzt und so das Erreichen der Fachhochschulreife ermöglicht.

Das ebenfalls neue biotechnologische Gymnasium an der Calwer Hermann-Gundert-Schule rundet unsere Planungen sinnvoll ab, denn die be-

ruflichen Gymnasien werden für die Gewährleistung der Bildungschancen eine noch größere Rolle als bislang spielen.

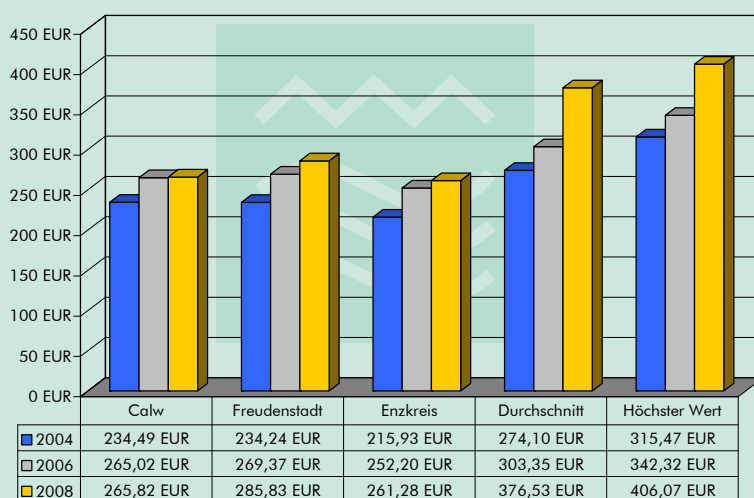
Eine zukunftssträchtige Entwicklung zur Gesundheitsregion setzt darüber hinaus voraus, das vorhandene Bildungspotenzial zu vernetzen und weiter zu entwickeln. Es wird daher in 2010 ein wichtiges Ziel sein, dass auch die im Landkreis ansässigen Hochschulen ihre Pläne zur Einrichtung von gesundheitsbezogenen Studiengängen umsetzen. Dem Landkreis kommt dabei eine wichtige moderierende und unterstützende Rolle zu.

Der **Teilhaushalt 4, Bereich Jugend und Soziales**, hat, wie in den vergangenen Jahren auch, die höchsten Ausgaben zu verbuchen.

Die sich bereits im vergangenen Jahr abzeichnende Entwicklung hat sich bedauerlicherweise nicht verändert! Der Teilhaushalt 4 wird auch 2010 aller Voraussicht nach wachsen, ein Wachstum, auf das wir gerne verzichtet hätten. Verantwortlich hierfür sind unterschiedliche Faktoren - die meisten davon nicht von uns beeinflussbar.

So belasten die Wirtschaftskrise und ihre Folgen für den Arbeitsmarkt den Kreishaushalt ebenso wie die erneute Absenkung der Bundesbeteiligung an der Grundsicherung für Arbeitsuchende von 29,4 % auf nunmehr 27 %.

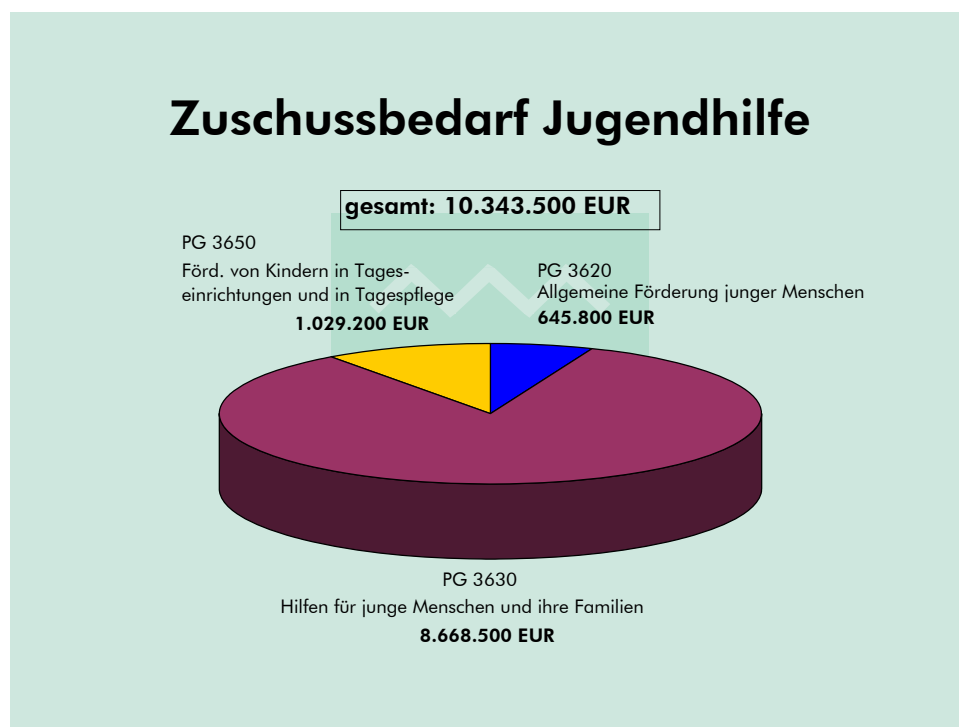
### Sozialer Zuschussbedarf je Einwohner im Kreis



Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass es den anderen Landkreisen nicht besser geht. Im Quervergleich nimmt der Landkreis nach einer aktuellen Studie des Landkreistags unter den baden-württembergischen Landkreisen mit 278,- € je Einwohner noch immer den zweiten Platz ein. Lägen wir im Landesdurchschnitt, müssten vom Kreis 8,6 Mio. EUR mehr aufgebracht werden.

Doch nicht nur bei den absoluten Zahlen, sondern auch bei der Dynamik des Wachstums schneidet der Landkreis gut ab. Stieg der durchschnittliche soziale Zuschussbedarf landesweit von 2004 auf 2008 um 37 %, so war im Landkreis Calw ein Wachstum von „nur“ knapp 14 % zu verzeichnen.

Die beschränkte Einflussnahmemöglichkeit trifft im selben Maße auch auf den Bereich der **Jugendhilfe** zu.



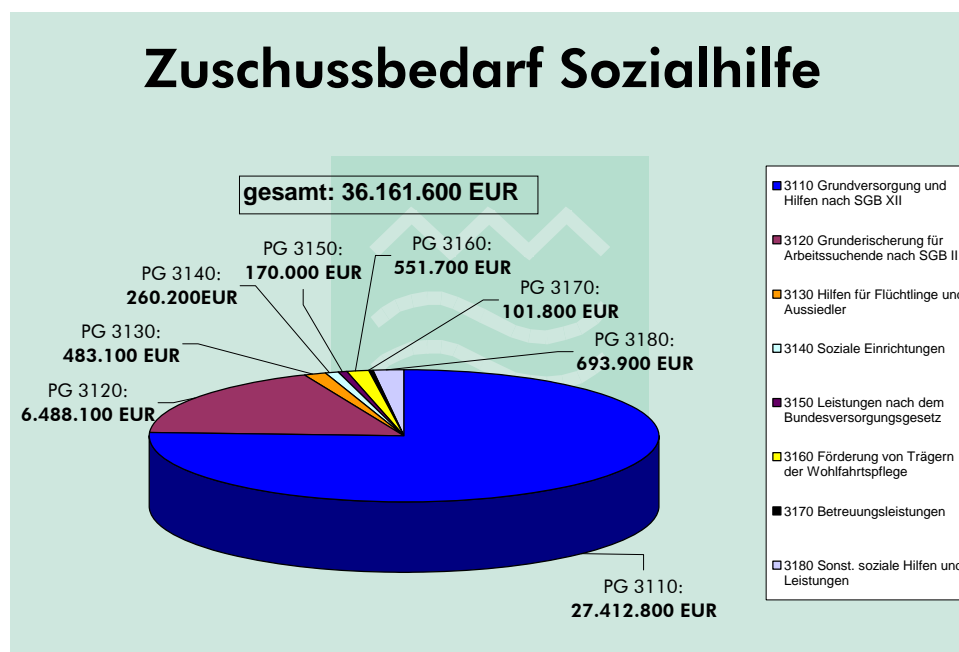
Waren bereits 2007 Fallzahlensteigerungen zu verzeichnen gewesen, so hat sich dieser Trend 2008 und 2009 fortgesetzt. Diese bundesweit erkennbare Entwicklung hat ihren Grund in dramatischen Fällen von Kindeswohlgefährdungen, die eine Verschärfung des Jugendhilferechts nach sich zogen und zu einer erhöhten Sensibilisierung der Bevölkerung führten. Häufiger als in der Vergangenheit werden dem Allgemeinen Sozialen Dienst offenkundige oder vermutete Kindeswohlgefährdungen mitgeteilt.

Hinzu kommt allein im letzten Jahr die Zuwanderung von neun neuen Fällen in den Landkreis, die den Haushalt mit rund 480.000,- EUR jährlich belasten.

Als ausgesprochen kontraproduktiv hat sich für die Jugendhilfe die Entscheidung des Landes erwiesen, die Schulaufsicht wieder zu „verstaatlichen“. Für den Einzelfall passgenaue und unbürokratische Lösungen zu finden wird hierdurch erschwert und der Landkreis wird als Leistungsträger häufig vor vollendete Tatsachen gestellt. Zudem erweist sich die Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt Pforzheim als schwierig.

Eine entsprechende Erhöhung der Haushaltsansätze wird nach alledem nicht zu umgehen sein.

Nicht ganz so problematisch stellt sich die Entwicklung in der **Sozialhilfe** dar.



Der Zuschussbedarf bei der Sozialhilfe beträgt insgesamt 36,2 Mio. EUR. Wie bei der Jugendhilfe ist der Zuschussbedarf jedoch nicht mit dem des Vorjahres vergleichbar, da bei der Betrachtung der Produktgruppen die Personal- und Sachkosten mit einfließen.

Steigerungsraten gibt es erneut bei der Grundsicherung im Alter, bei Erwerbsminderung und bei der Eingliederungshilfe, wobei Letztere mit knapp 3 % sehr moderat ausfällt.

Eine weitere Zahl möchte ich Ihnen in diesem Zusammenhang nicht vorhalten. Während die Umlage an den früheren Landeswohlfahrtsverband Baden zwischen 2000 und 2004 von 10,3 auf 15,5 Mio. €, also um 50 % angestiegen ist, umfasst der Anstieg bei der Eingliederungshilfe seit Übernahme der Aufgabe durch meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwischen 2006 und 2010 lediglich 5,5 %. All dies geschah - und darauf lege ich besonderen Wert - ohne jegliche Einschränkungen gesetzlicher Ansprüche. Vielmehr haben wir unser Leistungsspektrum in diesem Zeitraum sogar erheblich erweitert und ausdifferenziert.

Hatte ich im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit den Leistungen nach dem **SGB II** von besonderen Unabwägbarkeiten gesprochen, steht für 2010 eine Erhöhung des Haushaltsansatzes gewissermaßen unstreitig fest.

Auf die Gründe dieser Entwicklung bin ich teilweise bereits eingegangen. Die Wirtschaftskrise bleibt für den Arbeitsmarkt nicht ohne Folgen. Innerhalb eines Jahres war ein Fallzahlenanstieg von 12 % zu verzeichnen. Damit einher gehen zwangsläufig auch höhere Kosten. Zugespitzt wird die Situation durch die Entscheidung des Bundes, seine Beteiligung von 29,4% auf nun 27 % zu vermindern. Wenn wir den Zuschussbedarf 2010 auf 6,5 Mio. EUR veranschlagen, kann dies nach alledem als ehrgeiziges Unterfangen bezeichnet werden.

Ich komme nun zum **Teilhaushalt 5 / Straßenbau**, einem weiteren finanzwirksamen Schwerpunkt der Kreiskommunalpolitik.

Die Erhaltung und der Ausbau des Straßennetzes sind wichtige Aufgaben für die Verkehrsinfrastruktur und damit für die Attraktivität des Landkreises. Aus diesem Grunde soll auch 2010 maßgeblich in den **Straßenbau** investiert werden.

Zunächst gilt es, das bestehende Kreisstraßennetz zu erhalten. Um bei den Kreisstraßen einen überdurchschnittlichen Vermögensverzehr zu vermeiden, müssen entstandene Schäden fortlaufend beseitigt werden. Hierfür werden in 2010 Mittel in Höhe von 1,3 Mio. € eingesetzt. Die durchzuführenden Maßnahmen werden mithilfe eines systematischen Erhaltungsmanagements definiert. Durch eine automatisierte, visuelle Erhebung, die im Frühjahr 2009 durchgeführt wurde, konnte der Zustand aller Kreisstraßen exakt ermittelt und eingestuft werden. Aufbauend auf diesen Untersu-

chungen in Verknüpfung mit der Verkehrsbedeutsamkeit der Straßen werden die anstehenden Baumaßnahmen priorisiert und daraus ein dreijähriges Erhaltungsprogramm entwickelt.

Des Weiteren werden die folgenden Neubaumaßnahmen in 2010 fortgeführt:

Die Umfahrung Rohrdorf,



bei der wir voll im Zeitplan liegen und die kostenmäßig voraussichtlich mit der veranschlagten Summe von rund 10 Mio. Euro abschließen wird.

Mit dem 2. Abschnitt der K 4334, deren erster Abschnitt, die Ortsdurchfahrt Überberg, im Juli 2009 fertig gestellt wurde, soll auf der Strecke zwischen Überberg und Ettmannsweiler 2010 begonnen werden. Investitionssumme: 1.25 Mio. EUR.

Der Bau der Umfahrung Iselshausen, ein komplexes und teures Projekt wird fortgesetzt.



Der Tunnel unter der Bahn für die Teilortsumfahrung Iselshausen wird derzeit gebaut, am 07. Oktober 2009 fand der Tunneldurchstich statt. Bis Ende März 2010 soll das Tunnelbauwerk fertig sein und im April 2010 soll der Straßenbau einschließlich Stützmauern und Lärmschutzwand beginnen. Mit Blick auf die Landesgartenschau muss dieser Abschnitt bis April 2011 fertig gestellt sein, damit der Verkehr auf die neue Straße umgelegt werden kann. Danach wird dann die Bahn im Jahr 2011 den Fußgängerdurchlass in Höhe des jetzigen Bahnüberganges einschließlich Haltestellenanlage herstellen, damit die Gesamtmaßnahme 2012 zur Verfügung steht. Waren in 2009 hierfür ursprünglich knapp 8,5 Mio. EUR vorgesehen, so hat sich diese Summe wegen nicht vorhersehbarer Baugrundbeschaffenheiten im Haushaltsjahr 2010 auf 10,25 Mio. erhöht.

Der Ausbau der K 4301 zwischen der OD Holzbronn und Gültlingen soll im März/April 2010 begonnen werden. Die Bauzeit wird etwa ein Jahr betragen, die Kosten belaufen sich auf 1,25 Mio. EUR. Voraussetzung für den pünktlichen Beginn ist der erfolgreiche Abschluss der Grunderwerbsverhandlungen.

Im Bereich Straßenbau investieren wir zudem fortlaufend in die für die unseren Straßenbetriebsdienst notwendigen Fahrzeuge und Geräte. Denn wir wollen die gute Qualität des Straßenbetriebsdienstes aufrechterhalten. Gute Sicht und im Winter geräumte Straßen tragen schließlich zur Sicherheit der Verkehrsteilnehmer und so zur Attraktivität des Landkreises bei.

## **Teilhaushalte 6 und 7**

### **Land- und Forstwirtschaft / Umwelt und Ordnung**

Land- und Forstwirtschaft sind ebenso wie der Bereich Umwelt und Ordnung große und wichtige Bereiche der Verwaltung des Landratsamts. Es handelt sich freilich ganz überwiegend um staatliche Aufgaben, die – von der Ressourcenbereitstellung einmal abgesehen – wenig direkte Haushaltsrelevanz für den Landkreis entfalten. Deshalb darf aus der kleinen Maßstäblichkeit der folgenden Darstellung kein Schluss auf den Umfang dieser Arbeitsfelder gezogen werden.

Nachdem wir 2009 zusammen mit der Kreishandwerkerschaft eine gemeinsame Energieagentur eingerichtet haben, sind wir zum Thema der erneuerbaren Energien auf verschiedenen Feldern erfreulich weitergekommen.

Im Jahr 2010 werden wir dem Kreistag eine sogenannte Biomassepotenzialanalyse zur weiterführenden Diskussion vorlegen. Diese befasst sich mit der Frage, in welchem Umfang im Landkreis Calw Holz für die Herstellung von Holzhackschnitzeln vorhanden ist und wie es verfügbar gemacht werden kann.

Ein Gutachten, das sich mit dem bei den bereits vorhandenen Wasserkraftwerken vorhandenen Potenzial befasst, wurde im Umweltausschuss bereits vorgestellt. Nun gilt es, dessen Nutzung in Angriff zu nehmen.

Abschließend soll im nächsten Jahr aus all den Gutachten und Analysen ein Gesamtkonzept für die Nutzung erneuerbarer Energien im Landkreis Calw erstellt und den Gremien vorgestellt werden.

Nicht zu befriedigen vermag die Auftragslage und die Finanzierung der **Vermessung**. Gegenüber dem Jahr 2005 sind die Aufträge um 58 % zurückgegangen. Dies liegt zum einen an der extrem schwachen Bewegung am Grundstücksmarkt, zum anderen aber auch daran, dass wir durch die

im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgeschriebenen 80 % Anteil für die öffentlich bestellten privaten Vermessungsingenieure gehindert sind, uns offensiv am Markt zu bewegen. Unser öbV-Anteil beträgt etwa 50 % und entspricht etwa dem Landesdurchschnitt.

Unsere Gebühreneinnahmen, die uns das Land großzügigerweise überlässt, mit denen wir aber einen Anfangspersonalbestand von 43,5 Stellen samt den sächlichen Kosten refinanzieren müssten, betragen gerade noch ca. 700.000 EUR in 2009. Deshalb haben wir dort überproportional Personal abgebaut bzw. umgeschichtet: in unserer Vermessungsabteilung haben wir noch 33,2 Stellen besetzt, weniger, als uns die Effizienzrendite vorgibt.

Insgesamt ist die Haltung des Landes in diesem Punkt alles andere als fair. Der Landkreistag hat deshalb von Anfang an die Forderung erhoben, die Kosten der Vermessungsverwaltung nach den Regeln des FAG zu entgelten und die Gebühren dem Land zuzuscheiden.

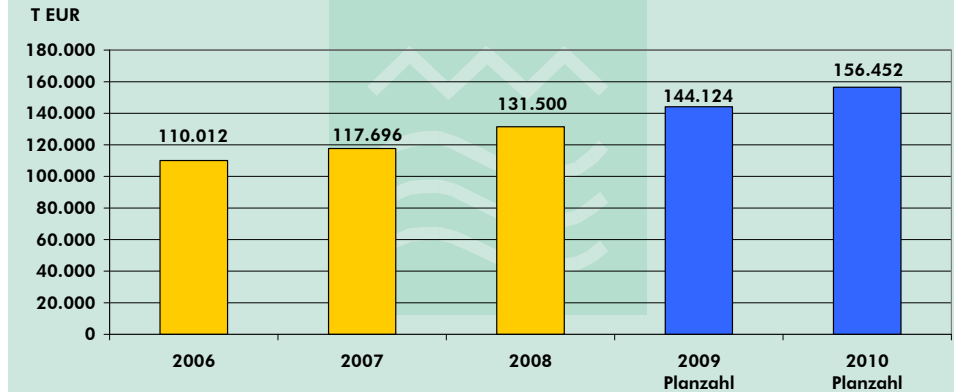
Zum Abschluss komme ich zu dem angeblich spannendsten Punkt, nämlich zur Höhe der **Kreisumlage**, zu einem Thema, welches dem Hörensagen nach in anderen Landkreisen immer wieder zu erbitterten Kontroversen führt.

Das war in den vergangenen 16 Jahren im Landkreis Calw kaum bis gar nicht der Fall. Wir haben uns immer auf eine niedrige Kreisumlage verständigt, die den Gemeinden die nötige Luft zum Atmen und die nötigen Mittel für ihre Zwecke und Bedürfnisse lässt. Mit dieser Bescheidenheit oder auch gelebten Subsidiarität ist der Landkreis Calw dennoch gut, weil nachhaltig gefahren.

Nun zur Höhe der Kreisumlage, die ja bekanntlich nicht nur davon abhängt, wie viel der Landkreis ausgibt, sondern auch davon, wie viel die Städte und Gemeinden einnehmen.

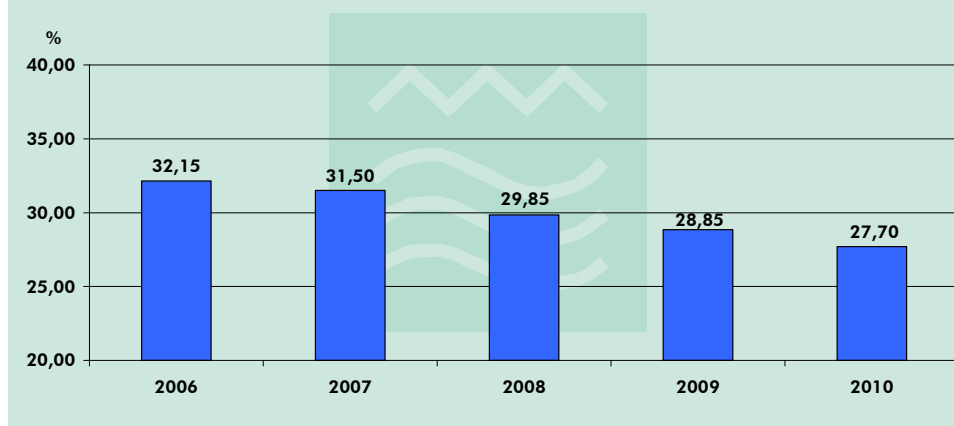
Die Steuerkraftsumme unserer Gemeinden hat sich auch in diesem Jahr wieder positiv entwickelt.

## Steuerkraftsummen der Gemeinden

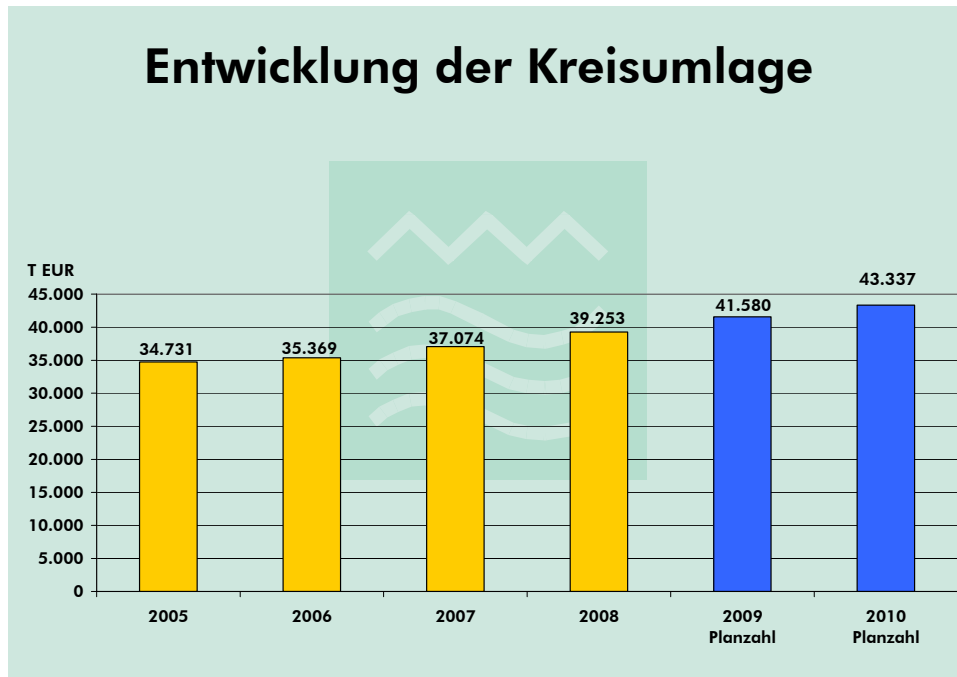


Diese Entwicklung erlaubt es uns vorzuschlagen, den Kreisumlagehebesatz auf 27,7 Punkte abzusenkten.

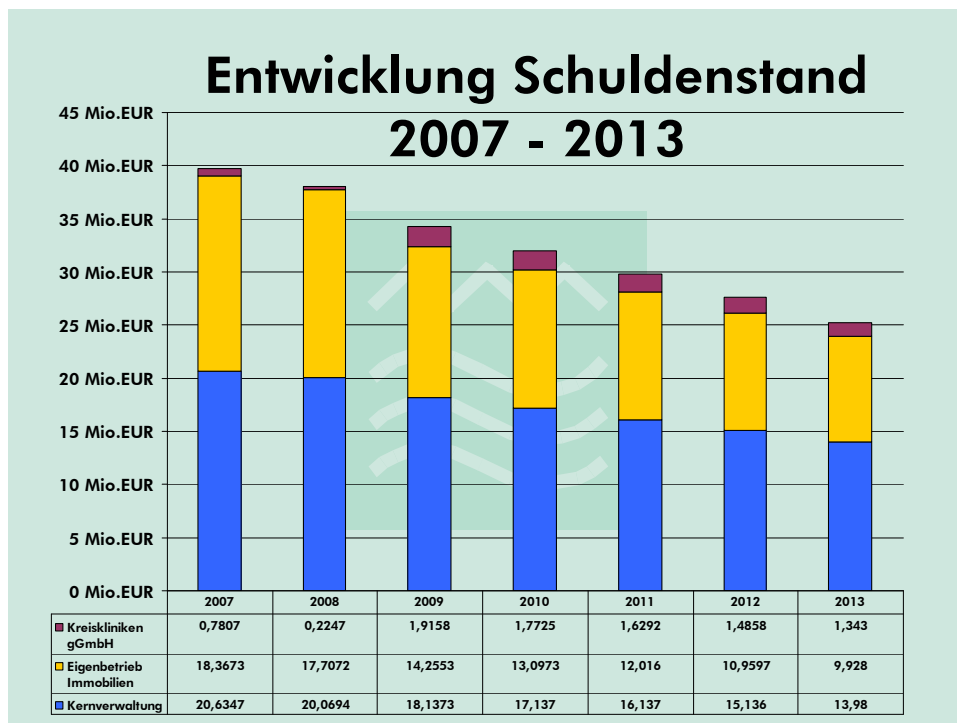
## Kreisumlagehebesatz



In absoluten Zahlen steigen die Einnahmen des Landkreises über die Kreisumlage trotz der Absenkung des Hebesatzes weiter an. Dies ist der bereits erwähnten gestiegenen Steuerkraftsumme zu verdanken. Es ist mehr als fraglich, ob sich diese Entwicklung vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise auch über dieses Jahr hinaus weiter fortsetzen wird.



Aber sie macht es immerhin möglich, dieses Jahr wiederum ohne Netto-neuverschuldung auszukommen, ja, sie ermöglicht es sogar, unsere Verschuldung zugunsten kommender Haushalte und zur Schaffung künftiger Spielräume um 1 Mio. EUR zu verringern.



Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich zunächst der **Haus-  
haltsstrukturkommission** für die konstruktiven Beratungen danken. In

drei Sitzungen haben wir eine eben so harte wie faire schwäbische Diskussion geführt und die Möglichkeiten einer sparsamen Haushaltslegung ausgeleuchtet. Das Produkt aus diesem Prozess darf ich Ihnen heute wiederum als ein gemeinsames Ergebnis vorstellen.

Danken möchte ich auch allen **Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern** des Landratsamts, die zur Erstellung des Haushaltsplanentwurfs beigetragen haben, allen voran der Abteilung Finanzen sowie den Bereichs- und Abteilungsleitungen.

Ich freue mich auf die anstehenden Haushaltsberatungen, denn meine Erfahrung lehrt mich, dass sie konstruktiv und partnerschaftlich sein werden und dass wir gemeinsam eine gute Lösung für unseren Landkreis finden!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Calw, den 02. 11. 2009

Landrat Hans-Werner Köblitz